AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2026

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen 1

EU-Rat empfiehlt mehr Gleichstellung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU 1
EU-Kommission, Rat und EESC: Aktivitäten zu bezahlbarem Wohnen 1
EESC: Stellungnahmen zur Strategie gegen Armut und zur Garantie für Kinder 2
EU-Rat gibt endgültig grünes Licht für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit 2
EU-Kommission bittet um Rückmeldungen zum EU KIDS Act 3
Kurznachrichten: Gender-Mainstreaming, Datenschutz, Rückkehrzentren, Europäisches Semester 3

Nachrichten aus den europäischen Staaten 3

Tschechien: weg von der Inklusion von Schulkindern mit Behinderung? 3
Schweiz: LOVE LIFE – neue Kampagne richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene 3
Ungarn: Parlament nimmt umstrittenes Verbot der Darstellung von Gender-Vielfalt zurück 3
Schweiz: Nationale Kampagne gegen häusliche Gewalt wird ausgebaut 4
Italien führt eine Wohnbeihilfe für getrennte und geschiedene Eltern mit Kindern ein 4
Kurznachricht: Nationaler Rat für Armutsfragen 4

Weitere Nachrichten 4

Eurostat: Wohnverhältnisse von Jugendlichen in der EU 4
COFACE: Erfahrungen von bikulturellen Familien mit politischen Veränderungen verknüpfen 5
UNICEF: Klimakatastrophen schließen auch die Türen der Klassenzimmer 5
UNDP: 617 Millionen Kinder von erstmals steigender mehrdimensionaler Armut betroffen 5
Kurznachricht: Alterung der Weltbevölkerung 5

Berichte und Studien 5

EU DG EMPL: Geldleistungen für Kinder verringern die Kinderarmut in der gesamten EU 5
EU DG CASP: Europäische Garantie für Kinder – Überblick über Lehren und bewährte Verfahren 6
OECD: bessere Investitionen in Kinder durch Sozialpolitik 6

Bevorstehende Veranstaltungen 6

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Rat empfiehlt mehr Gleichstellung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU

Der Rat der Europäischen Union hat die Gleichstellung als Triebkraft für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa hervorgehoben. In seinen Schlussfolgerungen betont der Ministerrat für Beschäftigung und Sozialpolitik die entscheidende Rolle, die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung bei der Stärkung der Wirtschaft der EU und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit spielen. Er fordert die Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, mehr zu tun, um die Gleichbehandlung zu fördern und Hindernisse für die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu beseitigen. Dabei werden folgende Bereiche abgedeckt: die Gleichstellung der Geschlechter, die Gleichstellung von LGBTI-Personen, Behinderungen, die Bekämpfung von Rassismus und die Inklusion der Roma sowie Altersdiskriminierung und Ageismus. Dazu wird eine Reihe möglicher Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene vorgeschlagen.

- EU-Rat: Schlussfolgerungen zur Gleichstellung als Triebkraft für Wettbewerbsfähigkeit

EU-Kommission, Rat und EESC: Aktivitäten zu bezahlbarem Wohnen

Mehr als 100 Expert:innen sind zur ersten Plenarsitzung der Gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Finanzierung von nachhaltigem und bezahlbarem Wohnraum zusammengekommen, um Wege zu finden, öffentliche und private Investitionen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Vertreten waren u. a. Förderbanken, die bis 2029 Investitionen von insgesamt 375 Milliarden Euro für sozialen, bezahlbaren und nachhaltigen Wohnungsbau zugesagt haben.

Der EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Glenn Micallef, hat für lokale und regionale Mandatsträger:innen eine Selbstverpflichtung zur Generationengerechtigkeit ins Leben gerufen. Sie sieht unter anderem die Gewährleistung bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraums als eine ihrer 16 Verpflichtungen vor.

Auf Vorschlag der Europäischen Kommission hat der Rat der Europäischen Union eine Empfehlung angenommen, in der er ein Maßnahmenpaket vorschlägt, das Soforthilfe mit längerfristigen Lösungen zur Prävention von Obdachlosigkeit und zur Gewährleistung des Zugangs zu angemessenem Wohnraum verbindet. Der Ministerrat für Beschäftigung und Sozialpolitik wendet sich darin auch gegen „housing exclusion“, die sowohl obdachlose Menschen als auch diejenigen umfasst, die zwar ein Dach über dem Kopf haben, aber unter Bedingungen wohnen, die unzureichend (d. h. ohne grundlegende Einrichtungen wie Spültoiletten) oder unsicher sind (z. B. von Zwangsräumung oder häuslicher Gewalt bedroht). Darüber hinaus verpflichten sich die EU-Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass keinem Kind angemessener Wohnraum vorenthalten wird und dass Kinder und Jugendliche, die aus Heimen oder Pflegefamilien ausscheiden, Zugang zu Wohnraum und Unterstützung erhalten.

Die Empfehlung wurde vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) begrüßt, aber auch kritisiert. Die Vertretung gesellschaftlicher Gruppierungen empfiehlt in ihrer Stellungnahme, dass die Prävention und Verringerung von Obdachlosigkeit aus menschenrechtlicher Perspektive und im Einklang mit der Erklärung von Lissabon erfolgen sollte. Sie betont, dass ein präventiver Ansatz durch solide soziale Notfalldienste ergänzt werden sollte, und empfiehlt allen Mitgliedstaaten, einen strategischen Rahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit zu entwickeln.

- EU Commission gathers experts to help unlock investment in affordable and sustainable housing
- EU-Kommission: Selbstverpflichtung zur Generationengerechtigkeit
- EU-Rat: Empfehlung zur Bekämpfung der Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt und der Obdachlosigkeit
- EESC: Fighting housing exclusion and homelessness among children, families and young people

EESC: Stellungnahmen zur Strategie gegen Armut und zur Garantie für Kinder

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC), indem die Tarifpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind, hat eine Stellungnahme zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine EU-Strategie zur Armutsbekämpfung vorgelegt. Darin wird ein umfassender, auf Rechten basierender und den gesamten Lebensverlauf berücksichtigender Ansatz zur Armutsbekämpfung gefordert und die Bedeutung eines angemessenen Sozialschutzes, des Zugangs zu hochwertigen grundlegenden Dienstleistungen und inklusiver Arbeitsmärkte hervorgehoben. Es werden verstärkte Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene gefordert, um Armut zu verhindern und eine wirksame soziale Eingliederung zu gewährleisten.

In einer weiteren Stellungnahme fordert der EESC die EU-Kommission auf, anzuerkennen, dass der schrumpfende zivilgesellschaftliche Raum und der zunehmende Druck auf die Demokratie und die demokratischen Werte strukturelle Hindernisse für die Armutsbekämpfung darstellen und bei der Umsetzung der EU-Strategie zur Armutsbekämpfung berücksichtigt werden sollten. Um das UN-Nachhaltigkeitsziel einer Beendigung der Armut bis 2030 (SDG 1) zu erreichen, müssten die Ursachen der Armut unter Berücksichtigung der Menschenrechte und der demokratischen Resilienz bekämpft werden.

Zu guter Letzt hat der EESC die Mitteilung der Kommission zur Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder (s. AGF-EuropaNews 5/26) begrüßt. Die Garantie sei ein kindzentriertes, auf Rechten basierendes Instrument, um den generationsübergreifenden Kreislauf von Armut und sozialer Ausgrenzung zu durchbrechen. Es wird empfohlen, den Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen für Eltern sowie zu erschwinglicher und qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung zu verbessern und gleichzeitig sicherzustellen, dass schutzbedürftige Gruppen nicht vom Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen ausgeschlossen werden.

- EESC: Anti-poverty strategy and inter-generational poverty
- EESC: Placing civil society at the heart of Europe's fight against poverty (SDG1)
- EESC: Strengthening the child guarantee

EU-Rat gibt endgültig grünes Licht für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Der Rat der Europäischen Union hat eine Verordnung angenommen, mit der die Vorschriften zur Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit auf EU-Ebene vereinheitlicht werden. Mit der Verordnung werden die bestehenden EU-Rechtsvorschriften aktualisiert und so gestaltet, dass sie klarer, gerechter und einfacher durchzusetzen sind. Dies soll eine faire Arbeitskräftemobilität stärken, sodass Menschen, die in ein anderes EU-Land ziehen, um dort zu leben oder zu arbeiten, die ihnen zustehenden Rechte leichter ausüben können. Im Mittelpunkt stehen fünf Bereiche: Familienleistungen, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Leistungen bei Pflegebedürftigkeit, Zugang zu Sozialleistungen für nicht erwerbstätige Personen sowie die geltenden Rechtsvorschriften für entsandte Arbeitnehmer:innen und andere Personen, die in zwei oder mehr Mitgliedstaaten arbeiten. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

- EU-Rat: Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – Rat gibt endgültig grünes Licht

EU-Kommission bittet um Rückmeldungen zum EU KIDS Act

Die EU-Kommission hat im September den EU KIDS Act vorgeschlagen, um die Online-Sicherheit von Kindern in der EU zu verbessern (s. AGF-EuropaNews 9/26). Nun bittet sie um Rückmeldungen zu ihrem Vorschlag. Die Frist für Stellungnahmen endet am 3. Dezember 2026. Das Ziel besteht darin, Beiträge von Kindern, Eltern, Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und Pädagog:innen sowie von den unter den Vorschlag fallenden Online-Plattformen zu sammeln.

- EU-Kommission: öffentliche Rückmeldungen zum EU KIDS Act

Kurznachrichten: Gender-Mainstreaming, Datenschutz, Rückkehrzentren, Europäisches Semester

- Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des EU-Parlaments hat eine neue Studie zur Umsetzung des Gender-Mainstreamings im EU-Parlament beraten.
- Der EU-Rat hat seinen Standpunkt zur Vereinfachung des Datenschutzes festgelegt, u. a. zu Informationspflichten bei biometrischer Erkennung, KI und dem Setzen von Cookies auf Nutzergeräten.
- Der EU-Rat hat endgültig die neuen Rückkehrvorschriften für Personen ohne Aufenthaltsrecht in der EU verabschiedet, einschließlich von „Rückkehrzentren", die auch für Familien mit Kindern vorgesehen sind.
- Der Ministerrat für Beschäftigung und Sozialpolitik hat im Rahmen des Europäischen Semesters die Kernbotschaften des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz gebilligt.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Tschechien: weg von der Inklusion von Schulkindern mit Behinderung?

Teile der tschechischen Regierung wollen die Inklusion von Kindern mit Handicap in Regelschulen des Landes wieder zurückfahren. Schulleiter:innen sollen das Recht bekommen, die Aufnahme von Schüler:innen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen abzulehnen.

Schweiz: LOVE LIFE – neue Kampagne richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene

Rund 90.000 junge Menschen machen in der Schweiz jedes Jahr erstmals eigene Erfahrungen mit Sexualität. Die Kampagne LOVE LIFE setzt gezielt bei den 16- bis 26-Jährigen an und stärkt ihre Gesundheitskompetenz mit alltagsnahen Informationen zu Safer Sex. Damit sollen ihnen verlässliche Informationen gegeben werden, um sich vor HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen zu schützen.

Ungarn: Parlament nimmt umstrittenes Verbot der Darstellung von Gender-Vielfalt zurück

Das ungarische Parlament hat für eine Änderung des umstrittenen Kinderschutzgesetzes von 2021 gestimmt und dabei Bestimmungen gestrichen, die die Darstellung oder Förderung von Homosexualität und Geschlechtervielfalt in für Minderjährige zugänglichen Inhalten untersagten. Diese Gesetzesänderung, die von der EU-freundlichen Regierung unter Ministerpräsident Péter Magyar vorangetrieben wurde, erfolgte zur Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs, wonach die ursprünglichen Beschränkungen aus dem Jahr 2021 gegen EU-Werte verstießen und LGBTQ+-Personen diskriminierten (s. zuletzt AGF-EuropaNews 6/26). Die Europäische Kommission und Menschenrechtsorganisationen begrüßten die Streichung der diskriminierenden Bestimmungen als positiven Schritt, jedoch wiesen einige Aktivist:innen darauf hin, dass andere restriktive Gesetze, wie beispielsweise Verbote

von Pride-Veranstaltungen und Adoptionsbeschränkungen für gleichgeschlechtliche Paare, weiterhin in Kraft bleiben.

Schweiz: Nationale Kampagne gegen häusliche Gewalt wird ausgebaut

Das Angebot der nationalen Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt wird ausgebaut und der Zugang zu bestehenden Hilfsangeboten weiter erleichtert. Neuerdings steht auf der Internetpräsenz der Kampagne ein digitaler Beziehungs-Check zur Verfügung, der dabei hilft, Warnzeichen von Gewalt zu erkennen. Zudem sind zusätzliche Informationen in leichter Sprache und mehreren Nicht-Landessprachen abrufbar. Ab sofort können auch Privatpersonen kostenlos Kampagnenmaterial bestellen. Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu erreichen und Betroffene sowie ihr Umfeld frühzeitig auf Unterstützungsangebote aufmerksam zu machen.

Italien führt eine Wohnbeihilfe für getrennte und geschiedene Eltern mit Kindern ein

Ein neuer italienischer Wohnbeihilfefonds wird bis zu 50 % der Mietkosten für berechtigte getrennte oder geschiedene Eltern übernehmen. Für den Zeitraum 2026–2028 sind 60 Millionen Euro vorgesehen. Italien treibt damit eine neue Maßnahme voran, die sich an getrennte und geschiedene Eltern mit unterhaltsberechtigten Kindern richtet, die nach der Trennung nicht mehr in der Familienwohnung leben und für eine neue Wohnung aufkommen müssen, während sie weiterhin ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber ihren Kindern nachkommen. Die Maßnahme sieht einen Zuschuss mit einem Höchstbetrag von 500 Euro pro Monat oder 6.000 Euro pro Jahr vor. Der Anspruch ist auf ein Jahreseinkommen von höchstens 35.000 Euro beschränkt; der Zuschuss kann für bis zu zwölf Monate gezahlt werden.

Kurznachricht: Nationaler Rat für Armutsfragen

- In der Schweiz hat nun nach langen Diskussionen der Nationale Rat für Armutsfragen seine Arbeit aufgenommen (s. zuletzt AGF-EuropaNews 3/26).

Weitere Nachrichten

Eurostat: Wohnverhältnisse von Jugendlichen in der EU

In der EU schlagen junge Menschen sehr unterschiedliche Wege ein, um in die eigenen vier Wände zu ziehen. In Ländern, in denen sie eher spät aus dem Elternhaus ausziehen, kommt es häufig zur Überbelegung. Wo sie früher ausziehen, ist oft ein größerer Anteil junger Menschen mit einer Überbelastung durch Wohnkosten konfrontiert. Dieser Zusammenhang kann jedoch komplexer sein und variiert von Land zu Land. Im Jahr 2025 verließen die Menschen in der EU das Elternhaus in einem Durchschnittsalter von 26,3 Jahren, wobei das Alter zwischen 21,3 Jahren in Finnland und 31,5 Jahren in Kroatien schwankte. Gleichzeitig lebten 26,9 % der jungen Menschen (im Alter von 15 bis 29 Jahren) in der EU in überbelegten Haushalten, verglichen mit 16,8 % der Gesamtbevölkerung.

- Eurostat: Young people – housing conditions

COFACE: Erfahrungen von bikulturellen Familien mit politischen Veränderungen verknüpfen

COFACE hat eine Arbeitsgruppensitzung durchgeführt, deren Schwerpunkt auf Migration, Familienleben und den Zusammenhängen zwischen gelebten Erfahrungen und politischer Entscheidungsfindung lag. Online kamen hierzu Vertreter:innen von COFACE-Mitgliedsorganisationen aus Österreich, Belgien, Bulgarien, Finnland, Deutschland, Griechenland und Spanien zusammen. Außerdem nahmen zahlreiche Forscher:innen aus dem Trafady-Netzwerk und darüber hinaus teil, um Brücken zwischen gelebten Erfahrungen, Forschungsergebnissen und politischen Veränderungen zu schlagen.

- COFACE: Connecting migrant/bicultural family experiences with policy change

UNICEF: Klimakatastrophen schließen auch die Türen der Klassenzimmer

Weltweit wurde im Jahr 2025 bei mindestens jeder/jedem zehnten Schüler:in der Schulbesuch durch Klimaereignisse unterbrochen. Mädchen sind oft am stärksten betroffen – angefangen beim Verpassen des Schulbeginns in der Grundschule nach Wirbelstürmen bis hin zum vollständigen Schulabbruch an Orten, an denen Kinderheirat üblich ist.

- UNICEF: Learning Interrupted – Global Snapshot on Climate-related School Disruptions in 2025

UNDP: 617 Millionen Kinder von erstmals steigender mehrdimensionaler Armut betroffen

Die Zahl der Menschen, die weltweit in multidimensionaler Armut leben, ist zum ersten Mal seit Einführung des Index im Jahr 2010 gestiegen. Laut der Aktualisierung des globalen Multidimensional Poverty Index (MPI) für das Jahr 2026, die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Oxford Poverty and Human Development Initiative (OPHI) an der Universität Oxford veröffentlicht wurde, hat diese Anzahl nun 1,2 Milliarden erreicht. Das sind 51,5 Millionen mehr als in der vorherigen Aktualisierung. Die Aktualisierung zeigt, dass mehr als die Hälfte der Betroffenen – nämlich 617 Millionen – Kinder sind und 83 % in ländlichen Gebieten leben. Der globale MPI blickt über das Einkommen hinaus, um zu erfassen, wie Menschen Armut im täglichen Leben erleben. Der Index stuft Menschen als multidimensional arm ein, wenn sie bei einem Drittel oder mehr der zehn gewichteten MPI-Indikatoren in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard Benachteiligungen aufweisen.

- Global multidimensional poverty rises for first time since 2010

Kurznachricht: Alterung der Weltbevölkerung

- Zum ersten Mal seit Beginn der Aufzeichnungen gibt es weltweit mittlerweile mehr Menschen im Alter von 65 Jahren und älter, als es Kinder unter 5 Jahren gibt.

Berichte und Studien

EU DG EMPL: Geldleistungen für Kinder verringern die Kinderarmut in der gesamten EU

Die Studie zeigt, dass Geldleistungen für Kinder eine entscheidende Rolle bei der Verringerung der Kinderarmut in der EU spielen. Im Durchschnitt senkten diese Leistungen das Armutsrisiko bei Kindern um 10,6 Prozentpunkte. Die Auswirkungen von Geldleistungen für Kinder variieren zwischen den EU-Ländern. In Österreich sei der Effekt am stärksten: Dort sinke die Kinderarmut um 16,6 Prozentpunkte. Spanien verzeichnet mit 4,6 Prozentpunkten den

geringsten Rückgang. Investitionen in Kinder zahlten sich langfristig aus: Die Analyse zeige positive Auswirkungen auf Bildung, Beschäftigung und Gesundheit. Insgesamt betrage die geschätzte Rendite für jeden Euro, der in hochwertige Sachleistungen für Kinder investiert wird, 5,26 Euro. Die Ergebnisse der Studie werden in die Ausarbeitung der bevorstehenden Empfehlung der Kommission zu kinderbezogenen Leistungen einfließen.

- EU DG EMPL: Report on the effectiveness of child benefits in the EU

EU DG CASP: Europäische Garantie für Kinder – Überblick über Lehren und bewährte Verfahren

Die Fachabteilung für Verkehr, Beschäftigung und Soziales der Generaldirektion für Kohäsion, Landwirtschaft und Sozialpolitik (CASP) der EU hat diese Studie auf Ersuchen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) des Europäischen Parlaments durchgeführt. Die Studie bewertet die Fortschritte bei der Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder in den EU-Mitgliedstaaten und untersucht Trends, Ungleichheiten und verbleibende Hindernisse in den Bereichen Kinderarmut, frühkindliche Bildung und Betreuung, vorzeitiger Schulabbruch, Gesundheitsversorgung und Wohnen sowie die entsprechenden politischen Maßnahmen. Sie analysiert Indikatoren, vor allem für den Zeitraum 2019–2025, und stützt sich dabei hauptsächlich auf 19 nationale Fortschrittsberichte und aktuelle Fachliteratur. Darüber hinaus werden übergreifende Herausforderungen bei der Umsetzung sowie gewonnene Erkenntnisse identifiziert und politische Empfehlungen ausgesprochen.

- EU DG CASP: Strengthening the European Child Guarantee

OECD: bessere Investitionen in Kinder durch Sozialpolitik

Investitionen in Kinder gehören laut der OECD zu den wichtigsten Maßnahmen, die Regierungen ergreifen können, um eine tragfähigere Zukunft aufzubauen. Kinder, die in Armut oder unter sozioökonomischen Benachteiligungen aufwachsen, seien ihr Leben lang häufiger mit schlechterer Gesundheit, geringeren Bildungserfolgen und schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Der Bericht zeigt, dass es bei der Bekämpfung von Kinderarmut nicht nur darum gehe, wie viel Regierungen ausgeben, sondern auch darum, die Ausgaben besser einzusetzen, indem Sozialausgaben effektiver gestaltet und zugewiesen werden. Anhand eines „Value-for-Money"-Rahmenkonzepts untersucht der Bericht, wie sich Höhe, Verteilung und Ausgestaltung der Sozialausgaben auf Kinderarmut, materielle Benachteiligung, Bildungserfolg und Gesundheit auswirken, und beleuchtet dabei auch die Auswirkungen auf die langfristigen Sozialausgaben.

- OECD: Spending Better for Children through Social Policy

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
2.-3. November 2026, Kraków und online	International learning seminar on hiring of persons with disabilities	EU-Kommission, DG EMPL
3. November, online	Child Online safety: Examining the progress in Europe	Eurochild und Maestral Europa

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
3.-6. November 2026	Europäische Woche der Gleichstellung der Geschlechter	EU-Parlament
4. November, Brüssel	U15 Social Media Forum – Would Social Media Ban Save Our Children?	European Liberal Forum
4. November, online	Women, Care and Artificial Intelligence (Webinar)	COFACE
6. November 2026, online	New Book Showcase. Gigs, Startups, Hedge Funds: How Workers Across Industries Navigate Work, Family, and Insecurity	Work & Family Researchers Network
9.-10. November 2026, Kreta und online	3rd Forum of the OECD Crete Centre on Population Dynamics and Economic Prosperity	OECD
11. November, online	The Bioethics of Surrogacy: Looking Back and Ahead	The Hastings Center
12.-13. November 2026, Madrid	6th European Convention of Family-Friendly Municipalities – Attractive Territories: The Family-Friendly Way	ELFAC, ENFFM, FCC, EFR, Alcobendas
17. November 2026	World Day of Remembrance for Road Traffic Victims	UN
18. November 2026	World Day for the Prevention of and Healing from Child Sexual Exploitation, Abuse and Violence	UN, Europarat
18. November 2026, Valletta, Malta	Implementing the European Child Guarantee for Children with Disabilities	COFACE
20. November 2026	World Children's Day	UN
25. November 2026	International Day for the Elimination of Violence against Women	UN
1. Dezember 2026, Berlin	Europäisches Fachgespräch zu den Europäischen Initiativen zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut	AGF
18. März 2027, Sofia (Bulgarien)	Strengthening families through integrated service delivery: Scalable solutions across Europe	COFACE Families Europe

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European

Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

AGF e. V. · Oranienplatz 5, 10999 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend